

# Für mehr Windkraft im Saarland

BUND-Bundesvorsitzender drängt trotz wachsenden Widerstands auf weiteren Ausbau

**Über noch mehr Windräder freut sich der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger nicht. Aber nur so könne der Ausstieg aus der Atom- und Kohlewirtschaft gelingen. Eine gesetzliche Deckelung des Ausbaus der Windkraft hält Weiger daher für falsch.**

**Neunkirchen.** Obwohl in der Bevölkerung der Widerstand zunimmt, sieht der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) keine Alternative zum weiteren Ausbau von Windkraft-Anlagen, um so den Ausstieg aus der Atomenergie zu beschleunigen und bis spätestens 2040 auch die letzten Kohlekraftwerke stillzulegen. Das erklärte der BUND-Bundesvorsitzende Hubert Weiger gestern beim Besuch im Werk des Windenergieanlagen-Betreibers Vensys in Neunkirchen-Wellesweiler.

„Wir erleben derzeit eine zunehmende Hinterfragung der Energiewende in Deutschland, weil Photovoltaik und bis zu 200 Meter hohe Windkraftanlagen sichtbare Eingriffe in die Natur sind und das Landschaftsbild verändern“, sagte Weiger. „Als Natur-

schützer freuen wir uns nicht über Windkraftanlagen, erst recht nicht im Wald, aber es ist das, was im Moment möglich ist, um größeres Negatives zu verhindern.“

Dazu zählte der BUND-Vorsitzende vor allem die – wie Fukushima zeige – gefährliche Atomenergie, deren möglichst sofortigen Stopp seine Umweltschutzorganisation seit ihrer Gründung vor vier Jahrzehnten fordere. „Erneuerbare Energien sind die Voraussetzung für den Ausstieg aus der Atomenergie“. Deshalb werde der BUND im Bundestagswahlkampf auch auf eine Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ohne Deckelung des Ausbaus der Windkraft, mit mehr Bürgerbeteiligung und mehr Rechten für Bürgerenergiegenossenschaften dringen.



FOTO: BUND

**Hubert Weiger,  
Bundesvorsitzender  
des  
BUND**

Für einen verbesserten Klima-

schutz forderte Weiger zudem einen baldigen Ausstiegsplan für die Kohlekraftwerke in Deutschland spätestens bis 2040, besser bis 2030 – mit sozialverträglichem Abbau der Arbeitsplätze in den Großkraftwerken. Alleine im Saarland seien bei den Steag-Kraftwerken Völklingen-Fenne, Quierschied-Weiher und Bexbach rund 1500 Arbeitsplätze betroffen, hieß es.

Der BUND-Landesvorsitzende Christoph Hassel sagte, das Saarland gehöre mit einem Anteil der erneuerbaren Energien von knapp elf Prozent an der Stromerzeugung – gegenüber 35 Prozent im Bundesschnitt – zu den Schlusslichtern in Deutschland. Angestrebt werden solle bis zum Jahr 2020 zumindest ein Ausbau der Solarleistung von derzeit 402 Megawatt auf 450 bis 480 Megawatt, sagte er. Und die Leistung der Windenergieanlagen solle von derzeit insgesamt 283 Megawatt auf 410 bis 530 Megawatt steigen. Dazu verlangte Hassel von der Landesregierung, den 2011 erstellten „Masterplan für nachhaltige Energieversorgung“ im Saarland fortzuschreiben. *ulo*